

22. III. 1916

Dank an Tirpitz. Der Verein Hamburger Reeder hat nachfolgendes Telegramm an den Großadmiral v. Tirpitz gerichtet:

Die Hamburgische Schifffahrt kann Euerer Exzellenz nicht von Ihrem hohen Posten scheiden sehen, ohne Ihnen nochmals den Ausdruck ihres wärmsten Dankes zu übermitteln für das große Interesse und Verständnis, welches Euerer Exzellenz der deutschen Handelsmarine als unentbehrlicher Ergänzung der Kriegsmarine entgegengebracht haben. Die Hamburger Reeder verbinden mit ihrem Dank die herzlichsten Wünsche für Ihr und Ihres Hauses ferneres Glück.

Der Verein Hamburger Reeder.
Ballin, Vorsitzender.

Nach Schluß der gestrigen Vormittagsitzung des in Rostock zusammengetretenen außerordentlichen mecklenburgischen Landtages wurde folgendes Telegramm an Herrn v. Tirpitz zur Absendung gebracht:

Eine große Anzahl der zurzeit auf dem mecklenburgischen Landtage in Rostock versammelten Ständemitglieder hat mich beauftragt, ihrer schmerzlichen Ueberraschung und ihrem tiefsten Bedauern über das Ausscheiden Eurer Exzellenz aus dem Amte des Staatssekretärs des Reichsmarineamtes zum Ausdruck zu bringen. Sie verbinden damit in dieser ersten Stunde die Hoffnung, daß die deutsche Flotte im Geiste Eurer Exzellenz in achtunggebieten-der Weise und zielbewußt weitergeführt werde. Der Dank der Mecklenburger bleibt Eurer Exzellenz für alle Zeiten gesichert.

Landrat Freiherr v. Malhan-Molchow.

Die Nationalliberalen und ihr U-Boot-Antrag. Die parteiamtliche „Natlib. Korr.“ stellt fest, daß der U-Boot-Antrag der nationalliberalen Reichstagsfraktion die Unterschriften der Abgeordneten Wassermann, Bartling, Dr. Blankenhorn, Dr. Böhm, Dr. Böttger, Dr. Bollert, Götting, Heß, Heilmann, Heide, Hepp, Dr. Hoppe, Hirsch, Jäger, Kerckbaum, Klebe, Lafer, Vist (Ehlingen), Lützel, Meyer (Celle), Meyer (Herford), Dr. Obkircher, Dr. Ortman, Roland-Büde, Schlee, Schröder, Schulenburg, Sieg, Stöve, Strack, Dr. Stresemann, Dr. Thoma, Wachhorst de Wente, Wittke und Zimmermann trägt. Nicht unterzeichnet haben die Abgeordneten Bärwinkel, van Calker, Dr. Junck, Reinath, Marquardt, Paasche, v. Richthofen, Schiffer, Prinz Schönau-Carolath, Schwabach.

Ein sozialdemokratischer U-Boot-Antrag. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern folgenden Antrag beschlossen:

Der Reichstag wolle beschließen, dem Herrn Reichskanzler folgende Erklärung zu übermitteln:

Der Reichstag spricht die Erwartung aus, daß bei den Verhandlungen über die Anwendung der U-Boot-Waffe alles vermieden wird, was die berechtigten Interessen neutraler Staaten schädigen und eine unnötige Verschärfung und Erweiterung des Krieges bewirken könnte.

Der Reichstag erwartet vielmehr, daß die Regierung alles tun wird, um einen baldigen Frieden herbeizuführen, der die Unversehrtheit des Reiches, seine politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit sicherstellt.

Als Redner für die politische Besprechung im Reichstag wurden die Fraktionsvorsitzenden, die Genossen Ebert und Scheidemann, gewählt.

Der Fressan resigniert. Die Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei hat in einer Fraktionsitzung zu den U-Boot-Anträgen Stellung genommen. Es wurde beschlossen, keine Anträge einzubringen.

Die „Germania“ vermittelt. Von Anfang an hat die Regierung in ihrer geschnittenen unterschiedlichen Behandlung der U-Boot-Anträge der Konservativen und Nationalliberalen und dem des Zentrums einen Wink mit dem Scheuer-

for dafür gegeben, daß sie über den Zentrumsantrag allenfalls mit sich wolle reden lassen, wenn sie die andern dadurch um so leichter loswerden könnte. In den Kreisen des Zentrums scheint man den Wink zu verstehen und ihn nicht unbeachtet lassen zu wollen. Schreibt doch heute die „Germania“ im Hinblick auf die beginnenden Reichstagsverhandlungen u. a.:

Fast will es heute scheinen, als wolle das besondere Interesse an den in den letzten Tagen so stark ins Kraut geschossenen hochpolitischen Fragen dasjenige an den Steuern ein wenig überwuchern. Noch steht nicht einwandfrei fest, welche Geschäftsordnungsmäßige Behandlung den zum U-Boot-Krieg eingebrachten Anträgen im Parlament zuteil werden soll. Kommt nicht eine Abmachung darüber zustande, daß man diese Dinge nur gesondert behandeln will, so ist es selbstverständlich, daß die allgemeine Statsdebatte, die ja jede Frage in ihren Bereich ziehen kann, auch darüber eine Reihe von Äußerungen für und wider bringen wird. Vielleicht kann man der Ansicht sein, es würde nur empfehlenswert erscheinen, der angesammelten Spannung recht bald ein Ventil zu öffnen. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß davon von allen Seiten nur der eine Gebrauch gemacht werden wird, der das höchste Interesse des Vaterlandes fest im Auge behält: Die Festigung der uns so bitter notwendigen Einigkeit, jenes restlosen Zusammenstehens des ganzen deutschen Volkes, dessen wir in weit größerem Maße bedürfen als irgendein Volk in der Reihe unserer Feinde. Und das kann nur geschehen, wenn man sich mit den feststehenden Tatsachen abfindet und auf dem Gedanken des Mittelweges zusammensindet, den der Antrag des Zentrums vertritt. Es ist nicht angängig, wie es von manchen vielleicht versucht werden möchte, diesen mit den Anträgen der Konservativen und Nationalliberalen in einen Topf zu werfen. Er ist von ihnen weit, wir dürfen wohl ohne Ueberhebung sagen, weise verschieden; er ist aber ebensowenig das, wofür ihn der fortschrittliche Abg. Gothein heute im „Berliner Tageblatt“ aufgeben wollte: er ist keine Gegenaktion gegen die der anderen Parteien. Den Gefühlen des deutschen Volkes gibt er berechneten Ausdruck, ohne den begründeten oder unbegründeten — das bleibe hier unerörtert — Verdacht, zu ermöglichen, als sollte irgendeiner zuständigen Stelle in der Kriegführung vorgegriffen werden. Wir nehmen nicht an, daß dahin die Absicht der übrigen Antragsteller geht, im Gegenteil, wir sind von ihrem wohlmeinendsten Willen fest überzeugt. Eben darum aber geben wir uns auch der Erwartung hin, daß sie der gegen ihren Willen entstandenen Auffassung — nicht bei den parteipolitisch Andersdenkenden, sondern bei den maßgebenden Stellen — den Zeitverhältnissen entsprechend gebührend Rechnung tragen werden. Stat regis voluntas! Die Entschlüsse der Obersten Heeresleitung für den gegenwärtigen Augenblick sind klar und unzweideutig zum Ausdruck gekommen, auch die militär-politischen. Bleibt da dem Patrioten, der den nicht leicht zu überschätzenden Wert der Einigkeit des Volksganzen erfasst hat, etwas anderes übrig, als Disziplin zu üben? Auch der Soldat im Felde mag manches mal anderer Meinung über diese und jene Maßnahme sein, die er ausführen muß, als der verantwortliche Vorgesetzte — und dennoch muß er sie vollziehen, und er vollzieht sie! Sollten wir Heimsoldaten nicht Ähnliches für uns gelten lassen können, wenigstens jetzt, in so entscheidungsschwerer Zeit? ... Wir meinen, wenn in dieser Gesinnung morgen oder wann immer es sein mag, eine Aussprache über die ausgetauchten Fragen stattfindet, dann wird der Feind überblick mit Argusaugen unsere Reichstagsverhandlungen verfolgen; dann wird er darin nicht den Keim beginnender Spaltung, die er erhofft, sondern die blühende Tugend der Selbstzucht finden, die uns groß gemacht hat und allein groß erhalten kann. Noch ist es Zeit!

Die Rahe läßt das Mäusen nicht und die „Germania“ nicht das Handeln. Wir glauben und hoffen, daß sie diesmal ihr Geschäft aber doch nicht so leicht und billig machen wird, wie sie sich's, nach diesen weichen Reden zu schließen, vorstellt.

U-Boot-Krieg und Nahrungsmittelversorgung. Im bayerischen Reichsrat erklärte der Reichsrat Buhl, wie unser Münchener Vertreter uns drachtet, ein verschärfter U-Boot-Krieg, den er trotz allem noch zu erhoffen wage, würde die Frage der Lebensmittelversorgung vereinfachen.

Eine kurze Anstache Herrn Wassermanns. Der Führer der Nationalliberalen hat im Reichstag folgende Anfrage gestellt: „Ist der Herr Reichskanzler in der Lage und bereit, Mitteilung zu machen über die letzten Kämpfe in Kamerun und den Uebertritt der Schutztruppe auf neutrales Gebiet, sowie über den Stand der kriegerischen Ereignisse in Deutsch-Ostafrika?“